



Almanya Programm



Juni 2010

Pressemonitoring türkischer Printmedien

DEUTSCHE INTEGRATIONSPOLITIK IM SPIEGEL TÜRKISCHER TAGESZEITUNGEN

1. Ausländerrechte in Deutschland

Einbürgerung · Familienzusammenführung

2. Deutsch-türkische Lebenswelten

Bildungsreform · Beratungsangebote für Türkischstämmige · Türkischunterricht

3. Islam in Deutschland

Islamophobie · Verfassungsschutzbericht 2009 · Imamausbildung

4. Studien und Berichte über Integration

Religion und Gewalt · Vertrauen in Institutionen · Bildungserfolg

Impressum

Redaktion: Danja Bergmann

Verfasser: imap Institut für interkulturelle Management und Politikberatung, Düsseldorf. Der Almanya-Presse-Spiegel erscheint mit zwölf Ausgaben pro Jahr und kann unter <http://www.kas.de/wf/de/21.70/ac.doc> abgerufen werden. Die Inhalte geben nicht die Meinung des Herausgebers wieder, sondern bilden Positionen von in Deutschland erscheinenden türkischen Tagezeitungen ab.

1. Ausländerrechte in Deutschland

Im Juni waren Einbürgerung und Familienzusammenführung Themen der Berichterstattung türkischer Tageszeitungen.

Rückläufige Einbürgerungszahlen in Nordrhein-Westfalen

Am 02.06. berichtet die **SABAH** über den Einbürgerungsprozess in Nordrhein-Westfalen. Die Zeitung stellt fest, dass das Interesse türkischstämmiger Menschen an der deutschen Staatsbürgerschaft, trotz mehrerer Einbürgerungskampagnen der Landesregierung, immer mehr zurückgehe. 2004 hatten sich in Nordrhein-Westfalen noch gut 16.000 Menschen türkischer Herkunft einbürgern lassen. Im Jahre 2009 waren es nur noch etwa 8.600.

Hindernisse in der Familienzusammenführung

Am 10.06. veröffentlicht die **ZAMAN** die Stellungnahme des türkischstämmigen und in Deutschland lebenden Anwalts Zeran zur Problematik der Familienzusammenführung in Deutschland. Zeran berichtet von dem Fall eines Mannes mit pakistanischem Migrationshintergrund, der im Rahmen der Familienzusammenführung ein Visum für die Einreise seiner Frau nach Deutschland beantragt hatte. Die zuständige Behörde verpflichtete ihn dazu, die Echtheit der Ehe nachzuweisen. Neben der Einführung des verpflichtenden Sprachtests, beurteilt Zeran dieses Gerichtsurteil als zweites, wichtiges Hindernis in der Familienzusammenführung. Man wolle die Migration bewusst steuern und idealerweise nur ausgebildeten und hochqualifizierten Menschen die Einreise nach Deutschland gewähren, kritisiert der Anwalt.

2. Deutsch-türkische Lebenswelten

Im Juni berichtete die türkische Tagespresse u.a. über verschiedene türkischsprachige Beratungsangebote deutscher Einrichtungen, die Rolle von Migrantinnen und Migranten im öffentlichen Dienst sowie über eine weitere Anerkennung des Türkischunterrichts als zweite Fremdsprache.

Volksentscheid über Hamburger Bildungsreform

Über den Volksentscheid zur Hamburger Bildungsreform am 18. Juli berichtet die **TÜRKIYE** (04.06.) unter dem Titel „Rette die Bildung mit deiner Stimme“. Der Artikel ruft türkischstämmige Hamburger dazu auf, beim Volksentscheid für die geplante Schulreform zu stimmen, da diese u.a. mehr Chancengleichheit für Schüler mit Zuwanderungsgeschichte bedeute. Am 05.06. wirbt der Hamburger Bürgermeister von Beust in der **TÜRKIYE** erneut um die Unterstützung türkischstämmiger Menschen für das Reformvorhaben.

Internetseite für Alkoholabhängige

Die **SABAH** (09.06.) informiert, dass die Internetseite des Kölner Gesundheitsamtes nun ein Angebot für türkischstämmige Menschen mit Alkoholproblem bereit hält. Unter www.suchthilfe-koeln.de können Informationen und Ratschläge zum Thema Alkoholsucht in türkischer Sprache abgerufen werden. Auf der Pressekonferenz zur Vorstellung der Seite wurde festgestellt, dass auch Türkischstämmige trotz ihres muslimischen Glaubens Alkohol konsumieren. Alkoholprobleme seien jedoch in dieser Gruppe der Gesellschaft noch immer ein Tabuthema, für das die Internetseite Abhilfe schaffen solle, so die Zeitung weiter.

Beratung für Senioren

Die **ZAMAN** berichtet am 18.06. über ein neues Beratungsangebot des Kreisverbands der Arbeiterwohlfahrt Köln. Im Rahmen des Projektes „Veedel für alle – Semtimiz Ehrenfeld“ schult der Verband professionelle zweisprachige Personen, die als Brücke zwischen türkischstämmigen Senioren und dem deutschen Altenhilfesystem fungieren sollen. Hintergrund sei die Tatsache, dass gerade türkische Migrantinnen und Migranten der ersten Generation aufgrund

sprachlicher Defizite vom vielfältigen Angebot und den zahlreichen Möglichkeiten für Seniorinnen und Senioren in Deutschland nicht profitieren könnten.

Migrantinnen und Migranten im öffentlichen Dienst

Am 15.06. meldet die **SABAH** erste Erfolge der Berliner Kampagne „Berlin braucht dich!“, die Jugendliche mit Zuwanderungsgeschichte für eine Ausbildung im öffentlichen Dienst begeistern und gewinnen soll. 2009 hatten bereits etwa 20% aller Auszubildenden im öffentlichen Dienst Berlins einen Migrationshintergrund. 2006 seien es gerade einmal 8,6 Prozent gewesen. Ziel der kommenden drei Jahre sei es, diese Quote auf 25 Prozent zu erhöhen, so die Zeitung weiter über das Vorhaben in Berlin.

Türkisch als zweite Fremdsprache

Im Schulzentrum Lerchen in Bremen wird in Zukunft Türkisch als zweite Fremdsprache angeboten, verkündet die **ZAMAN** am 25.06. Die zunächst kritische Haltung des Schuldirektors gegenüber dieser Neuerung sei durch den Eingang von 13 Anträgen türkischstämmiger Eltern für die Einführung des Türkischen als zweite Fremdsprache überwunden worden. Am primär auf türkische Muttersprachlerinnen und Muttersprachler abzielenden Türkischunterricht können auch Schülerinnen und Schüler nicht-türkischer Herkunft teilnehmen, teilt das Blatt mit.

Hessische Integrationspolitik

Am 14.06. berichtet die **HÜRRIYET** über den ehemaligen hessischen Innenminister Volker Bouffier, der nach dem Rücktritt Roland Kochs Ministerpräsident des Landes werden soll. Dem Bericht zufolge habe Bouffier betont, dass er und seine Parteikollegen sich der zentralen Rolle von Migrantinnen und Migranten für das Land Hessen und für die Zukunft der Bundesrepublik insgesamt durchaus bewusst seien. In Zeiten des demographischen Wandels sei die Integrationspolitik auch für das Allgemeinwohl von großer Bedeutung, so Bouffier weiter.

3. Islam in Deutschland

Der Islam in Europa, vor allem aber in Deutschland, steht nach wie vor im Fokus türkischer Tageszeitungen: Islamophobie, der neue Verfassungsschutzbericht 2009 und die Ausbildung von Imamen in Deutschland wurden aufgegriffen.

Islamophobie in Europa

„Kopftuchverbot in der Öffentlichkeit nicht rechtens“ titelt die **ZAMAN** (24.06.) über die Haltung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates zum Umgang mit dem Islam in Europa. Die Versammlung habe die wachsende kritische Haltung gegenüber dem Islam sowie ihn betreffende neue Verbotsregelungen scharf kritisiert. Laizismus könne kein Rechtfertigung dafür sein, das Tragen religiöser Symbole oder Kleidung in der Öffentlichkeit zu verbieten, so die Position der Parlamentarischen Versammlung. Dieser habe die Schweiz außerdem dazu aufgefordert, das kürzlich eingeführte Minarettverbot umgehend abzuschaffen, so die Zeitung weiter.

Milli Görüş im Verfassungsschutzbericht 2009

Anlässlich der Veröffentlichung des Verfassungsschutzberichts 2009 berichtet die **SABAH** (22.06.) über Aussagen von Bundesinnenminister de Maizière über die Islamische Gemeinschaft Milli Görüş (IGMG). Der Verband sei ein „Anhänger des schariakonformen Lebens“ und wolle „das Herrschaftsverhältnis zugunsten eines islamischen Staatswesens verändern“, zitiert ihn die Zeitung. Im Bericht fände außerdem Erwähnung, dass sowohl gegen die IGMG als auch gegen die Islamische Gemeinschaft Deutschlands wegen der Veruntreuung von Spendengeldern und des Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung ermittelt werde. Unter dem Titel „Verfassungs-Schock für Milli Görüş“ stellt die **HÜRRIYET** am selben Tag die Sicht der IGMG auf den aktuellen Verfassungsschutzbericht dar. Laut Oğuz Üçüncü, dem Generalsekretär der IGMG, seien die Behauptungen unwahr und gegenstandslos. Es sei unklar, inwiefern die Organisation die Verfassung tatsächlich gefährdet habe. Am 24.06. bemängelt Üçüncü in der **SABAH**, dass der eigentliche Grund für die Beobachtung der IGMG durch den Verfassungsschutz nicht deutlich werde. Er

kritisiert weiterhin, dass die IGMG mit haltlosen Spekulationen beschuldigt und verleumdet werde.

DITIB will Status einer Religionsgemeinschaft

Die **SABAH** informiert am 17.06. über die Aussagen des DITIB-Vorsitzenden Sadi Arslan zur Entwicklung der DITIB in den 26 Jahren seit ihrer Gründung. Arslan habe auf den bereits weitreichend erfolgten strukturellen Ausbau der DITIB hingewiesen, deren Mitgliedsgemeinden sich mittlerweile auf 890 belaufen. Im Vergleich zum Gründungsjahr der DITIB in Deutschland stelle diese Zahl mehr als eine Verdreifachung dar. Die heutige DITIB sei eine sozial sowie kulturell aktive Organisation, die es verdiene, als öffentlich anerkannte Religionsgemeinschaft angesehen zu werden, so die Zeitung weiter über die Ausführungen des Vorsitzenden.

Imamfortbildung an der Universität Osnabrück

Am 04.06. berichtet die **ZAMAN** über eine Informationsveranstaltung zur im Oktober beginnenden Imamausbildung an der Universität Osnabrück. Auf der Veranstaltung wurde bekannt gegeben, dass die Imame u.a. in den Themenfeldern Gesellschaft, Geschichte und politisches System der Bundesrepublik Deutschland fortgebildet werden sollen. Ergänzt werde dieses Angebot durch Sprachkurse. Langfristig ziele die Ausbildung darauf ab, die Imame an die Gesellschaft, in der sie leben und arbeiten, Schritt für Schritt heranzuführen, so der Islamwissenschaftler Prof. Dr. Bülent Uçar von der Universität Osnabrück. Die Projektkosten belaufen sich auf 300.000 € und werden vom niedersächsischen Sozial- bzw. Wissenschaftsministerium finanziert. Weiterhin wurde auf der Veranstaltung darauf hingewiesen, dass im Wintersemester 2012/13 der Bachelorstudiengang Islamische Theologie an der Universität Osnabrück starten werde, so die Zeitung weiter.

Imamausbildung in Hamburg

Die **HÜRRIYET** verkündet am 23.06., dass eine weitere deutsche Institution Imame in Deutschland ausbilden möchte. Nach vier Jahren Vorbereitung werde die Akademie der Weltreligionen nun eröffnet und in Kürze beginnen, Imamausbildung durchzuführen. Das der Universität Hamburg zugehörige

interdisziplinäre Zentrum werde sich neben der Ausbildung von Imamen auch der Ausbildung von Geistlichen anderer großer Weltreligionen widmen, informiert die Zeitung weiter.

De Maizière: Beiräte für islamisch-theologische Fakultäten

Am 18.06. berichtet die **HÜRRIYET** über die Forderung von Bundesinnenminister Thomas De Maizière, Beiräte für die geplanten islamisch-theologischen Fakultäten an deutschen Hochschulen zu etablieren. Es sei wichtig, eine institutionalisierte Zusammenarbeit mit Muslimen auf der Grundlage des geltenden Religionsverfassungsrechts herzustellen. Weiterhin schlug der Minister vor, die Beiräte mit Vertretern der verschiedenen muslimischen Verbände zu besetzen. Laut Bekir Alboğa, dem Dialogbeauftragten der DITIB, könnte dieses Vorhaben eine erste wichtige Grundlage in der Anerkennung der Muslime als Religionsgemeinschaft in Deutschland darstellen.

4. Studien und Berichte über Integration

Im Juni wurden zahlreiche Studien veröffentlicht, die u.a. den Zusammenhang zwischen Religiosität und Gewaltbereitschaft, die Selbstmordraten türkischstämmiger und deutscher Frauen sowie das Vertrauen von Migrantinnen und Migranten in deutsche Institutionen thematisierten.

Gewaltbereitschaft und Religiosität

Am 07.06. informiert die **ZAMAN** über die Ergebnisse einer Studie des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen, die den Zusammenhang zwischen Religiosität und Gewaltbereitschaft untersucht. Die Untersuchung habe festgestellt, dass eine Diskrepanz zwischen religiösen Christen und Muslimen herrsche: Mit zunehmender Religiosität seien christliche Jugendliche immer weniger gewaltbereit, während bei muslimischen Jugendlichen mit zunehmender Religiosität auch eine erhöhte Gewaltbereitschaft festgestellt worden sei. Dieses Ergebnis bewertet die Zeitung mit den Worten „Neue Studie, altes Ergebnis!“. Da Imame gerade auf junge Muslime einen extrem starken Einfluss hätten, so die Studie weiter, sei es zwingend notwendig, Imame künftig in Deutschland

auszubilden. Am 08.06. behandelt auch die **SABAH** die Forschungsergebnisse des Instituts und berichtet über die Meinung verschiedener Experten: Laut Cem Özdemir, dem Bundesvorsitzenden der Grünen, sei die Studie glaubwürdig, da die tägliche Lebenswelt der Jugendlichen von einer auch in der Moschee eingetrichterten Macho-Kultur bestimmt sei. Daher sei die Forderung, Imame künftig in Deutschland auszubilden, richtig und notwendig. Aiman Mazyek, Generalsekretär des Zentralrats der Muslime in Deutschland hingegen, sehe keinen Zusammenhang zwischen Religiosität und Gewaltbereitschaft, so der Artikel. Vielmehr stelle letztere eine Reaktion auf die Ausgrenzung dieser Jugendlichen dar, so die Zeitung weiter über die Ausführungen Mazyeks. Auch die **ZAMAN** berichtet am selben Tag über Mazyeks Meinung zur Studie: Er zweifle den Untersuchungsgegenstand im Allgemeinen an, so das Blatt. Denn laut Mazyek sei nicht die Gewaltbereitschaft an sich aussagekräftig, sondern vielmehr die Beweggründe, die letztlich zur Gewaltanwendung führten. Am 09.06. greift die **ZAMAN** die Debatte um die Studie erneut auf. Zahlreiche islamische Organisationen sowie Islamwissenschaftler hätten die Ergebnisse der Studie angefochten und dementiert, so die Zeitung. Ähnlich wie zuvor Mazyek, habe auch der Islamratsvorsitzende Ali Kizilkaya die erhöhte Gewaltbereitschaft muslimischer Jugendlicher mit dem Gefühl von Ausgrenzung begründet. Der Islamwissenschaftler Bülent Uçar habe außerdem darauf hingewiesen, dass die Ergebnisse dieser Untersuchung den Ergebnissen zahlreicher zuvor durchgeföhrter Studien widersprächen. Bezuglich der Untersuchungsergebnisse räumt die **SABAH** (09.06.) in ihrer Berichterstattung der Meinung von Filiz Polat, der niedersächsischen Landtagsabgeordneten der Grünen, Platz ein. Polat habe scharf kritisiert, dass Imame zum Sündenbock gemacht würden. Außerdem seien diese Schlussfolgerungen insgesamt hinderlich für den Integrationsprozess, da bestehende Vorurteile bedient und Ängste geschürt würden, so die Zeitung weiter.

Hohe Selbstmordrate bei türkischstämmigen Frauen

„Selbstmord-Alarm“ titelt die **HÜRRIYET** am 21.06. über eine Studie der Psychologischen Klinik der Berliner Charité zum Thema Selbstmord, die seit 18 Monaten im Raum Berlin und in Hamburg durchgeführt wird. Die vom Bundesforschungsministerium in Auftrag gegebene Untersuchung stellt fest, dass

die Selbstmordraten bei türkischstämmigen Frauen doppelt so hoch sind, wie bei gleichaltrigen deutschen Frauen. Bei den weiblichen Jugendlichen nehmen sich sogar fünfmal mehr türkischstämmige als deutsche das Leben. Die Psychologin Dr. Meryem Schouler-Ocak gab als typische Ursachen u.a. folgende Gründe für den Selbstmord türkischstämmiger Frauen an: Familieninterne Konflikte, Kommunikationsprobleme, Verbote und Zwangsehen. Als Reaktion auf diese alarmierenden Zahlen wurde umgehend die Gegenkampagne „Beende dein Schweigen, nicht dein Leben!“ eingeleitet. Im Rahmen dieser Kampagne soll eine zweisprachige Seelsorge-Hotline eingerichtet werden, bei der sich selbstmordgefährdete Frauen auch in türkischer Sprache Rat einholen können. Außerdem sollen Multiplikatoren ausgebildet werden, die für die Problematik sensibilisiert sind und den gefährdeten Frauen Lösungswege zeigen sollen.

Vertrauen in deutsche Institutionen

Am 09.06. berichtet die **ZAMAN** über eine Studie zum Thema „Vertrauen in deutsche Institutionen“, die das Allensbach-Institut im Auftrag der Bertelsmann Stiftung durchgeführt hat. Die Untersuchung ergab, dass in Deutschland lebende Menschen mit Zuwanderungsgeschichte den Institutionen des Landes mehr Vertrauen entgegenbringen, als Einheimische. Beispielsweise gaben 77% der Zugewanderten an, der deutschen Polizei zu vertrauen, 36% den Gewerkschaften und 69% den deutschen Gerichten. Mit diesen Werten lag das Vertrauen der Migrantinnen und Migranten in allen Bereichen knapp über dem der Einheimischen. Weiterhin gaben 62% der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte an, Vertrauen in das deutsche Schulsystem zu haben. Bei Befragten deutscher Herkunft war der entsprechende Wert gerade einmal halb so hoch.

Bildungserfolge von Migrantinnen und Migrantinnen

„Die Erfolge von Menschen mit Migrationshintergrund verdienen höchste Anerkennung“ titelt die **ZAMAN** (25.06.) über die Aussagen des Migrationsforschers Prof. Dr. Klaus Bade. Die Bildungssprünge zwischen zwei Generationen seien in türkischen Familien deutlich größer, als bei deutschen Familien. Dieser Fortschritt sei sehr lobenswert, so die Zeitung weiter über die

Ausführungen des Vorsitzenden des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen
für Integration und Migration.